

Wie responsiv sind die Massenmedien?

Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse zum Verhältnis von Medien und Politik

Jürgen Gerhards

„Der Forschungsstand im Bereich Öffentlichkeit und öffentliche Meinung erweist sich als unbefriedigend. Es gibt ein Defizit an theorierelevantem empirischen Wissen.“ Mit diesen Worten leitete Friedhelm Neidhardt 1990 eine kleine Broschüre ein, in der die ersten empirischen Projekte der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegung“ des Wissenschaftszentrums Berlin beschrieben wurden. Neidhardt ist 1988 zum Direktor dieser neugegründeten Abteilung des Wissenschaftszentrums berufen worden und leitet diesen Forschungsbereich seit diesem Zeitpunkt. Es ist sicherlich mit sein Verdienst, daß Forschungen zum Thema Öffentlichkeit auf die Agenda soziologischer Bemühungen kamen und das beschriebene Defizit in den letzten Jahren, wenn auch nicht behoben, so doch abgebaut wurde (vgl. Neidhardt 1994; 1994a; 1995; 1996). Dabei standen von allem Anfang an die *politischen* Funktionen von Öffentlichkeit im Fokus seiner Analysen. Und wie häufig in den Arbeiten von Neidhardt, spielten Fragen der Rationalität und die Suche nach Gütekriterien zur Beurteilung von Strukturen öffentlicher Kommunikation eine gewichtige Rolle: Wer soll eigentlich öffentlich kommunizieren? Welche Strukturen erhöhen die Selbstkontrolle medialer Kommunikation? Gibt es Möglichkeiten der Validierung des öffentlich Gesagten, und welches sind die Bedingungen dafür, daß öffentliche Kommunikation nicht zu einer Agitationsöffentlichkeit verkommt? Diese und andere normative Fragen dienen ihm als Problemaufhängung zur Formulierung von Forschungsfragen.

Die folgenden Überlegungen greifen eine der im Kontext politischer Öffentlichkeit diskutierten Fragen nach der Bestimmung von Gütekriterien öffentlicher Kommunikation auf, versuchen sich in einer theoretischen und empirischen Antwort und knüpfen zugleich an eine Studie an, die ich zusammen mit Friedhelm Neidhardt und Dieter Rucht durchgeführt habe (vgl. Gerhards, Neidhardt, Rucht 1998): Es geht um die Responsivität der Medien im Hinblick auf die mediale Darstellung von Politik.

Das Verhältnis von Politik und medialer Öffentlichkeit wird in aller Regel als spannungsreiches Verhältnis interpretiert. Daß die Medien die Wirklichkeit nicht abbilden, sondern auf ihre spezifische Art erst konstruieren, gehört seit der häufig zitierten These Marshall McLuhans „Das Medium ist die Botschaft“ zum Kernbestand vermeintlich richtigen Wissens sowohl der Medienwissenschaften als auch der medialen Öffentlichkeit selbst, die das Ver-

hältnis von Politik und Medien anlässlich von Skandalen regelmäßig diskutiert. Dabei wird die mediale Darstellung der Welt im allgemeinen, der Politik im besonderen in aller Regel als „bias“, als Verzerrung bzw. als Abweichung von einer als normativ gewünschten richtigen Darstellung interpretiert und beklagt. Die Tatsache, daß z. B. Bevölkerungsminoritäten oder Länder der dritten Welt im Vergleich zu den Ländern der ersten Welt in den Nachrichten unterrepräsentiert sind, abweichendes Verhalten überrepräsentiert ist, komplexe politische Sachverhalte durch die Medien vereinfacht dargestellt und Sachfragen personalisiert werden (vgl. Schulz 1997: 50 ff.), wird bedauert und führt zu der allseits bekannten Medienschelte. Max Kaase bilanziert den Forschungsstand der letzten Jahre folgendermaßen: „Offenbar, so scheint es, ist diese Beziehung (die zwischen Medien und Demokratie, J. G.) inzwischen so prekär geworden, daß, ähnlich wie in den Zeiten der Legitimitätskrisendiskussion in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren behauptet, der Bestand der liberalen Demokratie in Deutschland und anderswo ernsthaft in Gefahr geraten könnte“ (Kaase 1998). Und Edwin Czerwick resümiert seinen Überblick über das Verhältnis von Parlament und Medien, das im Mittelpunkt unserer empirischen Analysen stehen wird, mit folgenden Worten: „Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß das Parlament durch die Berichterstattung der Medien in mehrfacher Weise verzerrt dargestellt und wahrgenommen wird“ (Czerwick 1987: 175).

Jede Kritik an einer medialen Darstellung von Politik beruht zumindest implizit a) auf einer *empirischen* Aussage, die eine Diskrepanz zwischen einer politischen Realität und einer medialen Darstellung dieser Realität zu „messen“ vorgibt, und b) auf der Definition eines *normativen* Kriteriums, an dem gemessen ein Sachverhalt als abweichend und damit als kritikwürdig beurteilt werden kann. Die Fülle an Literatur, die die mediale Darstellung von Politik kritisiert, läßt meist bezüglich beider Punkte zu wünschen übrig. Wenn es sich überhaupt um empirische Studien handelt, dann wird die extramediale politische Realität in der Regel nicht gemessen, sondern allein die mediale Darstellung von Politik erfaßt; die normativen Kriterien der Beurteilung werden in aller Regel nicht ausgewiesen und vor allem nicht auf ihre Plausibilität hin geprüft. Dies gilt interessanterweise nicht nur für die gleichsam programmatisch auf Kritik gebuchten kritischen Theorien der Massenmedien, sondern auch, wenn auch vorsichtiger, für Vertreter einer analytisch-empirischen Wissenschaftsauffassung, wenn sie die Personalisierung von Politik, den Negativismus der Berichterstattung und die mediale Vereinfachung komplexer Sachverhalte beklagen (vgl. gleichsam als Kronzeuge einer empirisch-analytischen Forschung Kaase 1989; 1998). Dabei ist erstaunlich, in welchem geringem Maße die normativen Kriterien, die die Grundlage der Bewertung bilden, begründet und auf ihre Legitimation hin geprüft werden.

Ich möchte im folgenden in einem ersten Schritt die These formulieren und begründen, daß Responsivität ein entscheidendes und demokratiethoretisch gut begründbares Gütekriterium zur Bewertung der medialen Darstellung von Politik bildet. Ich werde in einem zweiten Schritt an einem Fallbeispiel erläutern, wie man Responsivität empirisch messen kann, und diskutieren, in welchem Maße die Medien sich in der Darstellung des Abtreibungskonflikts als responsiv erwiesen haben. Dazu werde ich die Ergebnisse einer systematischen Inhaltsanalyse der medialen Darstellung von Bundestagsdebatten mit den Ergebnissen einer Inhaltsanalyse der parlamentarischen Debatten konfrontieren. Die Analysen werden zeigen, daß sich die Medien in einem hohen Maße als responsiv erwiesen haben, ein Befund, der der skizzierten Meinung einer verzerrenden Darstellung von Politik durch die Medien widerspricht. Diesen Widerspruch aufzulösen, ist das Anliegen des dritten Argumentations-schritts. Dabei versuche ich die These zu begründen, daß eine paradigmatische Fundierung der Medienforschung, die Medien als ein autonomes System begreift, eine Responsivität der Medien im Hinblick auf Politik systematisch unterschätzt.

1. Responsivität als Gütekriterien medialer Berichterstattung über Politik in Demokratien

Als das politische System einer Gesellschaft bezeichnet man den Bereich der Gesellschaft, der auf die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen spezialisiert und der entsprechend mit Macht ausgestattet ist, getroffene Entscheidungen auch durchzusetzen (vgl. für viele andere Luhmann 1970). Demokratie bezeichnet eine spezifische Organisationsform des politischen Systems. Das Kernmerkmal von Demokratie besteht darin, daß die Herstellung von kollektiv verbindlichen Entscheidungen an die Interessen und Willensbildungsprozesse der Bevölkerung gekoppelt ist. In westlich industrialisierten Gesellschaften haben sich allein repräsentative Demokratien unterschiedlicher Verfaßtheit durchgesetzt. Deren Grundprinzip besteht in der Delegation von Herrschaftsmöglichkeiten auf Zeit auf gewählte Repräsentanten. Das legitimatorische Kernproblem von repräsentativen Demokratien wiederum besteht darin, daß sie unter Bedingungen von Flächenstaaten ohne Ausdifferenzierung von Herrschaftspositionen nicht auskommen und damit sich in Herrschaftsträger und Herrschaftsunterworfenen unterscheiden, zugleich sich aber als Volksherrschaft begreifen. Gelöst wird dieses Kernproblem durch drei im Wahlrecht codizierte institutionelle Regelungen: a) Nach dem Prinzip „one man one vote“ kommt jedem der Bürger in seiner Wahl das gleiche Gewicht zu; b) in parlamentarischen Demokratien mit Verhältniswahlrecht, wie in der Bundesrepublik, werden die Präferenzäußerungen der Bürger in der Weise

aggregiert, daß die Verteilung der von den Bürgern gewählten Repräsentanten im Parlament die Verteilung der Präferenzen der Bürger widerspiegelt; nach der Mehrheitsregel kann die Fraktion die Exekutive stellen, die die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen kann; c) die Herrschaftsträger — in einer parlamentarischen Demokratie wie der der Bundesrepublik, vor allem die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die aus dem Parlament hervorgehende Exekutive — sind befugt, allgemein verbindliche Entscheidungen zu verabschieden und durchzusetzen, können aber zugleich bei der nächsten Wahl von den Herrschaftspositionen wieder entlassen werden, wenn die Bürger sich nicht hinreichend repräsentiert fühlen.

Damit die Bürger überhaupt eine Wahlentscheidung treffen und beim nächsten Mal revidieren können, müssen sie die Möglichkeit haben, sich über die Repräsentanten und deren Konkurrenten und deren Handlungen und Programme hinreichend zu informieren. Die Möglichkeit, sich hinreichend zu informieren, wird von Robert Dahl (1989: 111f) entsprechend als eines der Kriterien eines demokratischen Prozesses genannt und als „enlightened understanding“ bezeichnet: „Each citizen ought to have adequate and equal opportunities for discovering and validating (within the time permitted by the need for a decision) the choice on the matter to be decided that would best serve the citizen's interests“ (Dahl 1989: 112). Genau diese Funktion der Informationsvermittlung kommt einer politischen Öffentlichkeit zu. Wir wissen nun aus einer Vielzahl an Studien, daß vor allem die Massenmedien die zentralen Institutionen der Informationsvermittlung zwischen Bürger und Politik darstellen und daß die Bürger von dieser Möglichkeit auch hinreichend Gebrauch machen: Über 80% der Bürger der Bundesrepublik informieren sich tagtäglich über Politik über eines der Medien Fernsehen, Rundfunk und Zeitung, viele nutzen sogar mehrere Medien täglich, um sich über Politik zu informieren (vgl. Berg und Kiefer 1996: 183). Die Massenmedien bilden insofern die wichtigsten Informationsquellen der Bürger über Politik.

Der Macht der Massenmedien im demokratischen Prozeß entspricht aber in keiner Weise ihre durch Regelsysteme hergestellte Legitimität. Während für die Bestimmung von Herrschaftsträgern durch das Wahlrecht und eine Vielzahl anderer institutionalisierter Regelsysteme nicht nur Verfahren der Delegation von Herrschaft angegeben sind, sondern diese Verfahren auch den Anspruch auf Legitimität erheben können, weil sie in die demokratische Wertordnung der Verfassung eingelassen und aus den Grundprinzipien liberaler Demokratie ableitbar sind, gilt dies für die Massenmedien nicht in dieser Weise und diesem Ausmaß (vgl. Schulz 1997: 237). Das, was Medien über Politik berichten, und wie sie berichten, bleibt ihnen weitgehend selbst überlassen, und dies führt angesichts der Macht der Medien in Demokratien immer wieder zur Frage der Legitimation ihrer Darstellung von Politik. Die normative Kern-

frage ist dabei, ob die Medien eine „equal opportunity for enlightened understanding“ im Sinn Dahls ermöglichen.

Was aber wäre eine normativ legitimierte Darstellung von Politik in den Medien? Ich spezifiziere den Bereich der Politik — auch zur Vorbereitung der empirischen Analysen — auf das Parlament und damit auf die wichtigste demokratische Institution, in der kollektiv verbindliche Entscheidungen hergestellt werden, und beziehe mich dabei auf das politische System der Bundesrepublik. Die unterschiedliche Repräsentanz der Parteien im Bundestag spiegelt grosso modo die Präferenzverteilung der Bürger zum Zeitpunkt der letzten Wahl und erfährt genau durch dieses Prinzip der Repräsentativität ihre demokratische Legitimation. Die Zusammensetzung des Bundestages erweist sich als responsiv, insofern sie die Präferenzverteilung der Bürger anlässlich der letzten Wahl spiegelt.

Das Handeln der von den Bürgern einmal gewählten Vertreter im Parlament können diese in aller Regel nur über die Vermittlung der Medien beobachten. Eine unter demokratischen Prinzipien gut legitimierbare Darstellung des parlamentarischen Geschehens in den Medien würde dann vorliegen, wenn sich die Medien im Hinblick auf das parlamentarische Geschehen ebenso als responsiv erweisen und somit zu einer repräsentativen Spiegelung beitragen würden. Damit wäre gleichsam eine Responsivität zweiter Ordnung oder eine Rückkopplungsresponsivität in den demokratischen Prozeß eingebaut, die vermittelt wieder auf den Willen des Volkes als archimedischer Punkt aller demokratischer Legitimationen beziehbar wäre. Was könnte man unter Responsivität in diesem Sinne verstehen?

Fragen der Repräsentation und der Responsivität werden in der Politikwissenschaft meist auf das Verhältnis zwischen Einstellungen der Bürger und dem Verhalten der von ihnen gewählten Vertreter bezogen. Man kann aus dem Forschungsstand dieser Diskussion einiges für die hier im Fokus stehende Frage der Responsivität der Medien lernen.

Regierende erweisen sich dann als responsiv, wenn es eine Übereinstimmung zwischen ihrem Handeln und den Einstellungen der Bevölkerung gibt (vgl. Brettschneider 1995: 18-20). Was dabei „Übereinstimmung“ genau meint, ist eine offene Frage. Amitai Etzioni (1968) hat recht früh darauf hingewiesen, daß eine völlige Responsivität nicht möglich und auch nicht wünschenswert ist. In komplexen Gesellschaften sind die Entscheidungsträger einer Vielzahl von Umwelteinflüssen ausgesetzt, die sie balancieren müssen. Die Bevölkerungsmeinung ist einer dieser Einflußfaktoren, wenn auch ein entscheidender. Wichtig sei es, daß es weder zu einer „under-responsivness“ noch zu einer „over-responsivness“ komme; Etzioni (1968: 505) plädiert entsprechend für „a relatively high degree of averaging responsiveness“, ohne allerdings genau zu bestimmen, wo die Grenzwerte einer Über- oder Unterresponsivität liegen. Dieser aus einer funktionalistischen Perspektive gewonnene

nene Gesichtspunkt der Bestimmung eines optimalen Systems ist recht gut verträglich mit den normativen Vorstellungen einer repräsentativen Demokratie. Das Repräsentationsprinzip bedeutet ja gerade, daß die Entscheidungsträger von den Bürgern gewählt werden, dann aber im Hinblick auf die zu treffenden Entscheidungen keinem imperativen Mandat unterworfen sind. Repräsentation meint, daß die Entscheidungsträger einerseits responsiv im Hinblick auf die Berücksichtigung der Bevölkerungsmeinung sind, andererseits aber auch unabhängig von diesen agieren können. Wo die Grenzwerte bei einer zu geringen oder zu ausgeprägten Responsivität liegen, bleibt auch hier offen. Wichtig für unsere Diskussion des Zusammenhangs zwischen Politik und medialer Öffentlichkeit ist aber, daß man nicht erwarten kann, daß Responsivität gleichbedeutend mit einer eins-zu-eins-Abbildung der parlamentarischen Debatte in den Medien ist. Auch hier geht es um „a relatively high degree of averaging responsiveness“ und um eine Vermeidung von Unter- oder Überresponsivität. Wie man dies operationalisieren kann, werden wir später diskutieren.

Ein zweiter Gesichtspunkt, der in den Responsivitätsstudien diskutiert wird, ist für unsere Fragestellung relevant. Die meisten dieser Studien wurden durch eine Arbeit von Warren E. Miller und Donald E. Stokes (1963) angeregt. Die Autoren hatten das Abstimmungsverhalten von einzelnen Abgeordneten im Kongreß zu verschiedenen Themengebieten in Beziehung gesetzt zu den Einstellungen der Bürger des jeweiligen Distrikts des Abgeordneten zu den verschiedenen Themengebieten und dann geprüft, inwieweit das Handeln der Abgeordneten mit den Einstellungen der Bürger seines Wahlkreises übereinstimmt. Dieses Vorgehen wurde von Robert Weissberg (1978) mit folgenden plausiblen Argumenten kritisiert. Für den Bürger ist es gleichgültig, ob seine Meinung durch den Abgeordneten seines Wahlkreises repräsentiert wird, oder durch einen anderen Abgeordneten; entscheidend ist allein, ob seine Meinung überhaupt vertreten wird. Weissberg plädiert entsprechend dafür, Responsivität nicht durch „dyadic representation“ als Zusammenhang zwischen dem Abstimmungsverhalten eines Abgeordneten und den Meinungen der Bürger seines Wahlkreises zu operationalisieren, sondern durch „collective representation“ als Zusammenhang zwischen dem aggregierten Abstimmungsverhalten aller Abgeordneten und den aggregierten Meinungen aller Bürger. Wir werden in unserer Untersuchung entsprechend ähnlich Responsivität als „collective representation“ definieren und messen.¹

1 Die in der Responsivitätsforschung diskutierte Frage der Kausalität ist für unsere Fragestellung nicht relevant, zudem leicht lösbar. Responsivität der Abgeordneten gegenüber den Meinungen der Bevölkerung unterstellt eine Kausalitätsrichtung, die die Handlungen der Abgeordneten als durch die Meinungen der Bevölkerung determiniert begreift. Der in den meisten Studien gemessene Grad der Kongruenz zwischen den Meinungen der Bevölkerung und den Handlungen der Abgeordneten messen Zusammenhänge, nicht aber

In parlamentarischen Debatten kommen Abgeordnete zu Wort, die sich mit ihren Redebeiträgen zu politischen Themen äußern. Eine Responsivität der Medien im Hinblick auf parlamentarische Debatten kann sich zum einen auf die Repräsentanz der Sprecher der Abgeordneten in den Medien beziehen (1), zum zweiten auf die Repräsentanz der Aussagen der Sprecher (2) und zum dritten auf das Diskursniveau der Debatte (3).

1. Die einzelnen Abgeordneten sind Mitglieder einer Fraktion; diese bilden gleichsam die kollektiven Akteure des Parlaments. Die Medienberichterstattung über eine parlamentarische Debatte erfüllt im Hinblick auf die Sprecher dann das Kriterium einer „collective representation“, wenn die Verteilung der Sprecher der Fraktionen in den Medien ungefähr („a relatively high degree of averaging responsiveness“) der Verteilung der Sprecher der Fraktionen, die sich zu einem Thema geäußert haben, im Parlament entspricht. Ist dies der Fall, dann haben die Bürger die Chance, via Medien gleichsam ein repräsentatives Sample der Grundgesamtheit "Sprecher des Bundestages" zu beobachten.

2. Die Redebeiträge der Sprecher im Parlament bestehen aus Aussagen. Die Aussagen der Abgeordneten bestehen wiederum aus zwei Elementen: aus Positionsäußerungen zu Gesetzesvorlagen (kollektiv verbindlichen Entscheidungen), die auf der Agenda der Debatte stehen, und aus kulturellen Deutungen des entsprechenden Themas. Sowohl die verschiedenen Positionsäußerungen zu Gesetzesvorlagen als auch die verschiedenen Deutungen lassen sich zu gesetzlichen Regelungsmodellen einerseits und zu Deutungsmustern andererseits aggregieren. Die Medienberichterstattung über eine parlamentarische Debatte erfüllt dann das Kriterium einer „collective representation“ im Hinblick auf die Aussagen einer Debatte, wenn die Verteilung der thematisierten Regelungsmodelle und die Verteilung der benutzten Deutungsmuster zu einem Thema in den Medien ungefähr der Verteilung der diskutierten Regelungsmodelle und der Deutungsmuster im Parlament entspricht. Ist dies der Fall, dann haben die Bürger die Chance, via Medien gleichsam ein repräsentatives Sample der Aussagen der Sprecher des Bundestages zu beobachten und auf dieser Basis eine eigene Meinungsbildung zu betreiben.

3. Das dritte Element, auf das sich die Responsivität der Medien beziehen kann, bezeichne ich als das Diskursniveau der Debatte. Während die Responsivität im Hinblick auf die Sprecher, die zu Wort kommen, und die Aussagen, die sie tätigen, aus liberalen Demokratievorstellungen ableitbar ist, bezieht

ursächliche Wirkungen. Brettschneider (1995: 81) folgert richtig, wenn er sagt: „Von diesem Ausgangspunkt führt der Weg unweigerlich zur Untersuchung von *Entwicklungen* im Zeitverlauf. Nur so können Kausalzusammenhänge geprüft werden“. Die Kausalitätsrichtung ist in unserer Untersuchung insofern festgelegt, als wir prüfen, in welchem Maße Abgeordnete des Deutschen Bundestages in den Medien mit ihren Aussagen zitiert werden. Die parlamentarische Öffentlichkeit determiniert also die Medienöffentlichkeit.

sich das Kriterium des Diskursniveaus auf eine die liberale Tradition erweiternde Vorstellung von Demokratie. Deliberative Demokratietheorien gehen davon aus, daß die Legitimität politischer Entscheidungen davon abhängt, ob Entscheidungen vorher diskursiv öffentlich verhandelt wurden oder nicht: „Die deliberative Politik gewinnt ihre legitimierende Kraft aus der diskursiven Struktur einer Meinungs- und Willensbildung, die ihre sozialintegrative Funktion nur dank der Erwartung einer vernünftigen *Qualität* ihrer Ergebnisse erfüllen kann. Deshalb bildet das diskursive Niveau der öffentlichen Debatten die wichtigste Variable“ (Habermas 1992: 369). Das Diskursniveau einer Debatte ist u. a. durch zwei Elemente bestimmt: das Ausmaß der Begründungen, das Sprecher für ihre Deutungen verwenden², und das Komplexitätsniveau ihrer Interpretationen. Die Norm, Aussagen zu begründen und auf einem hohen Komplexitätsniveau zu argumentieren, ergibt sich aus der angenommenen Zielvorstellung öffentlicher Kommunikation: Öffentliche Debatten sollen zur Deliberation beitragen, und damit Akteure überhaupt von den Deutungen eines anderen Kommunikationspartners überzeugt werden können, sollen die Deutungen Begründungen für geäußerte Positionen enthalten und möglichst auch die Gegenargumente gegen die eigenen Argumente berücksichtigen, d. h. ein komplexes Niveau aufweisen. Eine detaillierte Begründung und Herleitung dieser Kriterien aus den demokratietheoretischen Prämissen ist an anderer Stelle erfolgt (vgl. Gerhards 1997; Gerhards, Neidhardt und Rucht 1998). Auf die Operationalisierungen dieser beiden Dimensionen von Diskursniveau kommen wir gleich zu sprechen.

Für die Frage nach der Responsivität der Medien ist nun entscheidend, ob das diskursive Niveau einer politischen Debatte auch in den Medien abgebildet wird. Erst wenn dies der Fall ist, haben die Bürger die Chance zur Deliberation, soll heißen: zur Ausbildung von Präferenzen, die durch gute Argumente entstanden sind. Die Medienberichterstattung über eine parlamentarische Debatte erfüllt dann das Kriterium einer „collective representation“ im Hinblick auf das Diskursniveau einer Debatte, wenn das Diskursniveau in den Medien ungefähr dem der Debatte im Parlament entspricht. Ist dies der Fall, dann findet keine Verzerrung der Darstellung von Politik statt und das normative Kriterium der Responsivität ist erfüllt.

2 James H. Kulinski u. a. (1991: 1) leiten ihren Artikel mit folgender Bemerkung ein: „In a democratic society, reasonable decisions are preferable to unreasonable ones; considered thought leads to the former, emotions to the latter, therefore deliberation is preferable to visceral reaction as a basis for democratic decision making. The preceding words summarize a normative view that has dominated thinking at least since the Enlightenment. It prescribes that citizens are to approach the subject of politics with temperate consideration and objective analysis, that is, to use their heads when making judgements about public affairs. Conversely, people are not to react emotionally to political phenomena. A democracy in which citizens evaluate politics affectively, to use the current language of social psychology, presumably leaves much to be desired“.

Sind alle Kriterien von Responsivität erfüllt, dann könnte man die mediale Darstellung von Politik als normativ legitimiert bezeichnen, der Politikkreislauf würde dann insgesamt ein hohes Maß an Legitimität aufweisen: Die im Parlament diskutierenden und entscheidenden Abgeordnete sind durch die allgemeine und gleich Wahl legitimiert (Responsivität erster Ordnung), und die Bürger werden über die Handlungen der von ihnen gewählten Entscheidungsträger hinreichend informiert (Responsivität zweiter Ordnung). Wir wollen im folgenden nun am Beispiel der medialen Berichterstattung über die parlamentarischen Debatten über eine Veränderung des Abtreibungsrechts prüfen, in welchem Maße sich die Medien im Hinblick auf die diskutierten verschiedenen Dimensionen als responsiv erwiesen haben.

2. Die Responsivität der Medienberichterstattung auf die parlamentarischen Debatten zur Reformierung des § 218 im Deutschen Bundestag

Die zentralen Debatten zur Novellierung des § 218 in der Bundesrepublik fanden 1974 und 1992 statt. Im Zusammenhang mit einer großen Strafrechtsreform wurden 1974 im Bundestag verschiedene gesetzliche Regelungsmodelle diskutiert und der Vorschlag der sozialliberalen Koalition, die Einführung einer Fristenregelung, verabschiedet. Wir haben die letzte Debatte vor der entscheidenden Abstimmung, die im April 1994 stattfand, ausgewählt und inhaltsanalytisch ausgewertet.

Der Beschluß des Bundestags wurde dann 1975 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt. Noch im gleichen Jahr wurde im Bundestag eine veränderte Regelung des § 218 beschlossen, die verschiedene Indikationslösungen vorsah und die mit dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts verträglich war. In der Zeit zwischen 1975 und 1992 blieb das Thema zwar dauerhaft auf der Agenda der parlamentarischen Öffentlichkeit; zu einer großen Gesetzesinitiative zur Veränderung des § 218 kam es aber erst 1992. Die alte Bundesrepublik und die DDR verfügten über ein unterschiedliches Abtreibungsrecht. Im Einigungsvertrag wurde festgehalten, daß eine neue, für alte und neue Bundesländer verbindliche Regelung gefunden werden sollte. Aus den verschiedenen Lesungen der Gesetzesinitiativen von 1992 haben wir wiederum die letzte Debatte vor der Abstimmung, die im Juni 1992 stattfand, zur Analyse ausgewählt.³ Die ausgewählten Debatten wurden jeweils vollständig kodiert.

3 Auch die Normenkontrollklage gegen das vom Bundestag 1992 beschlossene Gesetz vor dem Bundesverfassungsgericht war erfolgreich und führte zu einem erneuten Versuch einer gesetzlichen Neuregelung, der dann 1995 zum Abschluß kam.

Die mediale Darstellung der beiden zentralen Debatten im Bundestag rekonstruieren wir durch eine Inhaltsanalyse der beiden Tageszeitungen 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' und 'Süddeutsche Zeitung'. Wir haben die Berichterstattung über Abtreibungen in diesen beiden Zeitungen für den gesamten Zeitraum 1970-1994 rekonstruiert (vgl. dazu die Auswertung Gerhards, Neidhardt und Rucht 1994). Aus diesem Datensatz wurden zur Beantwortung der hier im Fokus stehenden Fragestellung zum einen allein die Monate ausgewählt, in denen die von uns analysierten Bundestagsdebatten stattfanden (April 1974 und Juni 1992), und zum anderen allein die Wiedergabe von Aussagen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages in der Analyse berücksichtigt.⁴

Mit einem inhaltsanalytischen Kategoriensystem haben wir dann sowohl die Parlamentsdebatten als auch die mediale Berichterstattung codiert (vgl. zur Methodik Gerhards und Lindgens 1995). Codiereinheit war die Aussage eines Sprechers. Das Definitionskriterium für die Existenz einer Aussage war formaler Art: die Identifikation eines Akteurs, der entweder wörtlich (in Anführungszeichen) oder in der indirekten Rede (Konjunktiv) zu Wort kommt. Erhoben wurde jeweils 1. der Sprecher (Name und Partei) einer Aussage, 2. dessen Bezugnahme auf verschiedene Gesetzesinitiativen und seine benutzten Deutungen zur Stützung seiner Position. Das Diskursniveau der Debatte haben wir durch eine Recodierung der benutzten Deutungen bestimmt.

Ein Vergleich der Parlamentsdebatten mit der medialen Darstellung der Parlamentsdebatten ermöglicht es uns, die Responsivität der Medien bezüglich der erläuterten verschiedenen Dimensionen zu bestimmen. Wir analysieren die Daten nur allein im Hinblick auf diese Fragestellung; vor allem eine Analyse der Inhalte der Abtreibungsdebatte bleibt hier unberücksichtigt (vgl. dazu Gerhards, Neidhardt und Rucht 1998).

1. Wir haben die Sprecher der verschiedenen Fraktionen zusammengefaßt und dann den jeweiligen Anteil an Aussagen, die die verschiedenen Fraktionen im Parlament gemacht haben, mit dem Anteil an Aussagen, mit dem die Fraktionen in den Medien zu Wort kommen, verglichen, und dies jeweils getrennt für die Monate April 1972 und Juni 1992. Die jeweilige Über- bzw. Unterrepräsentanz der Fraktionen in der medialen Darstellung ergibt sich aus der jeweiligen Prozentsatzdifferenz. Addiert man die Beträge der jeweiligen Pro-

4 Das Kategoriensystem wurde in einem größeren Projektzusammenhang entwickelt, in dem wir Prozesse und Strukturen öffentlicher Meinungsbildung im Zeitverlauf und im Ländervergleich (USA und Bundesrepublik) empirisch analysieren. Die an diesem Projekt beteiligten Forscher sind auf amerikanischer Seite Myra Marx Ferree und William Gamson und auf deutscher Seite Jürgen Gerhards, Friedhelm Neidhardt und Dieter Rucht (vgl. Gerhards, Neidhardt und Rucht 1993). Das in diesem Projekt entwickelte inhaltsanalytische Kategoriensystem habe ich dann auch zur Analyse der Parlamentsdebatten benutzt. Die Parlamentsdebatten wurden von Katrin Lieder und vor allem von André Klein codiert, bei denen ich mich ganz herzlich bedanken möchte.

zentsatzdifferenzen und setzt sie in Beziehung zu der theoretisch höchst möglichen Prozentsatzdifferenz, dann kann man einen Übereinstimmungs- bzw. Responsivitätskoeffizienten berechnen (R_p). Dieser kann zwischen 0 und 1 variieren; er ist 0, wenn die Medien überhaupt nicht mit den Debatten im Parlament übereinstimmen, und er erhält den Wert 1, wenn sie völlig mit dem parlamentarischen Geschehen übereinstimmen und die Medien sich damit als perfekt responsiv erweisen. Etzionis Postulat für eine „relatively high degree of averaging responsiveness“ haben wir folgendermaßen bestimmt. Wir legen einen Wert von .75 fest und definieren damit, daß die Medien dann responsiv auf die Parlamentsdebatten reagieren, wenn die Abweichung nicht mehr als 25% beträgt, oder umgekehrt formuliert: die Medien zu 75% die parlamentarische Struktur der Debatte abbilden. Tabelle 1 gibt uns das Ergebnis im Hinblick auf die Repräsentanz der verschiedenen Fraktionen in den Medien und in der Parlamentsdebatte wieder.

Tabelle 1: Prozentualer Anteil der Aussagen zum Abtreibungsthema der Fraktionen des Deutschen Bundestags an der parlamentarischen Debatte und an der Medienberichterstattung in FAZ und SZ (1974 und 1992)

Fraktionen	Parl. 1974	Med. 1974	$\Delta\%$	Parl. 1992	Med. 1992	$\Delta\%$
CDU/CSU	44,7	43,2	-1,5	39,0	60,7	21,7
SPD	32,5	40,9	8,4	29,8	17,2	-12,6
FDP	22,8	15,9	-6,9	16,4	17,2	0,8
Grüne/Bündnis	--	--		7,5	3,4	-4,1
PDS	--	--		7,3	1,4	-5,9
Σ	604	88		1073	145	

$R_p = .92$

$R_p = .77$

Legende:

$\Delta\%$ steht für die Differenz zwischen beobachteten und erwarteten Werten (Medien / Parlament)

$$R_p = (200 - \Sigma|\Delta\%|) / 200$$

Die Responsivität der Medien im Hinblick auf die Frage, welche Fraktionen aus der Bundestagsdebatte sie wie häufig zu Wort kommen lassen, erweist sich zu beiden Zeitpunkten, vor allem aber für die Debatte von 1974, als recht hoch. Die Verzerrung im Sinne einer Über- oder Unterrepräsentanz bestimmter Akteure beträgt 1974 8,4% und 1992 22,5%. Für beide Zeitpunkte erfüllt die mediale Darstellung damit das Kriterium der Responsivität. Die Zeitungsläser hatten damit die Chance, die Akteure, die sich in die Debatte der Legis-

lative eingemischt haben, in ihrem relativen Gewicht, mit dem sie dies getan haben, in den Medien zu beobachten. Die zu beobachtenden Abweichungen der medialen Darstellung weisen keine klare Struktur auf: Weder ist es so, daß alle kleinen Akteure systematisch benachteiligt werden (Ausnahme: SPD 1992), noch daß die jeweiligen Regierungskoalitionen eventuell bevorteilt werden (Ausnahme: FDP 1974). Die Verzerrungen scheinen eher zufälliger Natur zu sein.

Der Abtreibungskonflikt war aber nicht nur ein zwischen den verschiedenen Fraktionen strittiger Konflikt, sondern auch zwischen Männern und Frauen umstritten; die Geschlechtsdimension überlagerte zum Teil die Aufteilung der Abgeordneten nach politischen Parteien. Insofern mag es für das Thema Abtreibung sinnvoll sein, die Sprecher nicht nur entlang der Fraktionsmitgliedschaft zu klassifizieren, sondern auch entlang ihrem Geschlecht. Der Grad der Responsivität der Medien im Hinblick auf die Repräsentanz der beiden Geschlechter ergibt sich aus Tabelle 2.

Tabelle 2: Prozentualer Anteil von Aussagen zum Abtreibungsthema weiblicher und männlicher Sprecher der Bundestagsfraktionen in der parlamentarischen Debatte und in FAZ und SZ (1974 und 1992)

Geschlecht	Parl. 1974	Med. 1974	$\Delta\%$	Parl. 1992	Med. 1992	$\Delta\%$
Männer	64,4	80,6	16,2	42,7	34,7	-8,0
Frauen	35,6	19,4	-16,2	57,3	65,3	8,0
Σ	604	72		1080	124	16,0

Rp=.84

Rp=.92

Während 1974 die Männer in den Medien überdurchschnittlich häufig zu Wort kommen, sind es 1992 die Frauen, die mehr Medienaufmerksamkeit erhalten. Allerdings gilt für beide Jahre auch hier, daß die Responsivität innerhalb des Toleranzspielraums liegt; auch in diesem Fall erweisen sich die Medien als responsiv in dem oben definierten Sinne.

2. Für die Meinungsbildung der Bürger mögen aber die Inhalte der Debatte wichtiger sein als die Fraktionen und das Geschlecht ihrer Sprecher. Wir haben zwei verschiedene Typen von Aussagen erhoben: die Thematisierung von gesetzlichen Regelungsmodellen durch die Sprecher und die Deutung des Abtreibungsthemas.

a) Die Erhebung der verschiedenen gesetzlichen Regelungen haben wir entlang von vier Grundpositionen, die von restriktiv bis liberal reichen, klassifiziert: 1. Generelles Verbot/Strafbarkeit der Abtreibung; 2. Indikationsregelung; 3. Fristenregelung; 4. Ersatzlose Streichung des § 218/Generelle Straffreiheit bei Abtreibung. In der Codierung der Parlamentsdebatten haben wir

die Thematisierung von Regelungsmodellen pro Sprecher nur einmal erhoben, in der Medienanalyse pro Aussage des Sprechers.⁵ Die geringe Fallzahl machte es notwendig, die vier Regelungsmodelle in ein liberales (Freigabe und Fristenlösung) und ein restriktives Modell (Verbot und Indikationslösung) zu dichotomisieren:

Tabelle 3: Prozentualer Anteil von Aussagen zu verschiedenen Regelungsmodellen von Sprechern der Bundestagsfraktionen in der parlamentarischen Debatte und in FAZ und SZ (1974 und 1992)

Regelungsmodell	Parl. 1974	Med. 1974	Δ%	Parl. 1992	Med. 1992	Δ%
Restriktiv	58,6	50,0	-8,6	33,3	23,9	-9,4
Liberal	41,4	50,0	8,6	66,7	76,1	9,4
Σ	29	32		108	46	

Rp=.91

Rp=.91

Die mediale Berichterstattung spiegelt gut die Verteilung der thematisierten Regelungsmodelle im Parlament wider. Auch in diesem Punkt erweisen sich die von uns analysierten Medien als responsiv.

b) Politische Akteure thematisieren aber nicht nur unterschiedliche politische Regelungsmodelle, sie versuchen ihr präferiertes Regelungsmodell auch zu begründen und andere Akteure von ihrer Meinung durch Verwendung von Argumenten und Deutungen zu überzeugen. Wir haben zusätzlich zu den Regelungsmodellen die Aussagen erhoben, die das Thema Abtreibung in unterschiedlichen Deutungsmustern rahmen. Diesen Typus von Aussagen haben wir „Idee-Elemente“ genannt. Mit der Erhebung von Idee-Elementen wollen wir die interpretatorische Rahmung des Abtreibungsthemas durch Platzierung des Themas in unterschiedliche Bedeutungsrahmen messen. Akteure benutzen Idee-Elemente, um andere von ihrer Sicht der Dinge zu überzeugen.

Geht man mit deliberativen Theorien der Demokratie (vgl. Cohen 1989; Benhabib 1991; Habermas 1992; Miller 1992), aber auch mit Dahls Konzept des „enlightened understanding“ (Dahl 1989) davon aus, daß die Präferenzen der Bürger zu bestimmten Themen nicht feststehen, sondern durch die öffentliche Debatte erst geformt werden, dann kommt den Idee-Elementen und deren

5 Der Grund für die unterschiedliche Erhebungsart ist ein pragmatischer. Ursprünglich haben wir die Thematisierung von gesetzlichen Regelungsmodellen in den Parlamentsdebatten gar nicht erhoben. Eine Nachcodierung der gesamten Debatten war aus Zeitgründen nicht möglich. Da wir davon ausgehen, daß ein Sprecher im Parlament während einer Rede seine Position zu einem Regelungsmodelle nicht ändert, schien es uns ausreichend, die Bezugnahme auf gesetzliche Regelungsmodelle nur einmal pro Sprecher zu erheben.

Transport über die Medien für die Willensbildung der Bürger eine ganz entscheidende Bedeutung zu, weil den verschiedenen Deutungsangeboten erst das Potential der Überzeugung und damit der Präferenzausformung eigen ist.

Unser Kategoriensystem umfaßt insgesamt acht Deutungsrahmen. Innerhalb dieser acht Rahmen gibt es Teilrahmen, und innerhalb von diesen finden sich dann als eigentliche Variablenausprägungen „Ideen“. Codiert wurde immer nur das Vorkommen einer Idee. Folgende acht Rahmen, die im Abtreibungsstreit eine Rolle spielten, konnten wir in Vorstudien aus dem Material induktiv gewinnen:

- Definition des Fötus als Leben
- Selbstbestimmung der Frau
- Konflikt zwischen dem Schutz des Lebens und der Selbstbestimmung der Frau
- Aufgaben des Staates als moralischer Akteur zur Regelung der Abtreibungsfrage
- Themen der Moral und Kriterien moralischen Handelns in der Gesellschaft
- Vorrang pragmatischer Gesichtspunkte vor allgemeinen Grundsätzen
- Gesellschaftliche Bedeutung und gesellschaftliche Folgen von Abtreibung
- Befürchtung von sozialer Ungerechtigkeit in der Praxis

Wir können an dieser Stelle nicht die Bedeutung dieser acht „frames“ und der Idee-Elemente innerhalb der „frames“ erläutern (vgl. dazu Gerhards und Lindgens 1995), sondern wenden uns direkt der Frage der Responsivität der Medien im Hinblick auf die Vermittlung der verschiedenen Deutungsrahmen zu. Tabelle 4 zeigt uns, mit welcher Häufigkeit die verschiedenen Deutungsrahmen im Parlament benutzt wurden und in welchem Ausmaß diese Verteilung sich in der medialen Darstellung widerspiegelt.⁶

6 Hier und in den nachfolgenden Tabellen haben wir für die Medienanalyse nicht nur die Monate April 1974 und Juni 1992 berücksichtigt, sondern alle Monate der Jahre 1974 und 1992, da sonst die Fallzahl in den Zellen zu gering ausgefallen wäre.

Tabelle 4: Prozentualer Anteil von Aussagen zu verschiedenen Deutungsmustern zum Thema Abtreibung der Fraktionen des Deutschen Bundestags in der parlamentarischen Debatte und in FAZ und SZ (1974 und 1992)

Deutungsmuster	Parl. 1974	Med. 1974	Δ%	Parl. 1992	Med. 1992	Δ%
Fötus ist Leben	24,4	31,3	6,9	22,9	18,5	-4,4
Konflikt zwischen Fötus und Frau	16,3	14,5	-1,8	11,9	24,2	12,3
Selbstbestimmung der Frau	9,6	8,4	-1,2	18,9	24,2	5,3
Aufgabe des Staates	12,4	14,5	2,1	11,8	9,8	-2,0
Abtreibung als unmoralisches Handeln	14,3	7,2	-7,1	12,6	12,1	-0,5
Pragmatik vor Grundsatzfragen	17,4	21,7	4,3	14,2	8,7	-5,5
Gesellschaftl. Folgen v. Abtr.	3,6	2,4	-1,2	2,8	0,4	-2,4
Soziale Unge- rechtigkeit	2,0	--	-2,0	5,1	2,3	-2,8
Σ	603	166		1080	265	
	Rp=.80			Rp=.80		

Sowohl die Debatte von 1974 als auch die von 1992 wird im Hinblick auf die von den Sprechern benutzten Deutungsmuster relativ gut in den von uns analysierten Zeitungen wiedergegeben. Der Responsivitätsindex liegt innerhalb der Grenzen, die wir als Grenzen der Unterrepräsentanz definiert hatten. Die Deutungen, die im politischen System von den gewählten Vertretern benutzt wurden, wurden auch in den Medien wiedergegeben.

Wir können mit Hilfe der Deutungsrahmen noch eine zweite Responsivitätsmessung durchführen. Mit den jeweiligen „frames“ sind nicht automatisch Positionen zur Abtreibungsfrage verbunden. So kann innerhalb des Rahmens "Selbstbestimmung der Frau" sowohl eine Begründung für eine Freigabe der Abtreibung mit Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht plaziert sein, als auch eine Ablehnung einer Freigabe der Abtreibung, weil Frauen nicht in der Lage sind, selbst bestimmen zu können, als auch eine Ablehnung des Rahmens "Selbstbestimmung der Frau" selbst. Sind zwar die Deutungsrahmen nicht automatisch mit Positionen zur Abtreibungsfrage verbunden, so gilt dies in der Regel nicht für die einzelnen Idee-Elemente. Die meisten von ihnen unterstützen eine bestimmte gesetzliche Regelungsposition und werden auch in dieser Intention von den Sprechern benutzt. So ist z. B. die Deutung, „Abtreibungen gehören in den Bereich der Privatsphäre und sollen nicht vom

Staat reguliert werden“, in der Regel mit einer liberalen Position verbunden. Wir haben nun alle Idee-Elemente danach klassifiziert, ob sie eher eine liberale oder eher eine restriktive Regelung unterstützen. Idee-Elemente, die wir nicht klassifizieren konnten, haben wir als neutrale Deutungen kategorisiert.

Tabelle 5: Prozentualer Anteil der Aussagen zu positional geladenen Deutungen zum Abtreibungsthema der Fraktionen des Deutschen Bundestags in der parlamentarischen Debatte und in FAZ und SZ (1974 und 1992)

Deutungsmuster	Parl. 1974	Med. 1974	Δ%	Parl. 1992	Med. 1992	Δ%
Restriktive Deutungen	48,0	55,4	7,4	34,4	39,6	5,2
Neutrale Deutungen	6,8	2,4	-4,4	5,7	3,0	-2,7
Liberalen Deutungen	45,2	42,2	-3,0	59,9	56,8	-3,1
Σ	604	166		1080	265	

Rp=.93

Rp=.95

Der Responsivitätsindex sieht in diesem Fall noch günstiger aus als in der vorigen Analyse. Die Verteilung der positional gerichteten Deutungsmuster in den Medien entspricht relativ deutlich der Verteilung der Deutungsmuster im Parlament. Damit erhalten die Bürger die Chance, medial das zu beobachten, was im Parlament an Deutungen artikuliert wurde.

3. In den anspruchsvolleren Varianten deliberativer Öffentlichkeit ist es nicht damit getan, daß in der öffentlichen Debatte Deutungen präsentiert werden, die Qualität der Deutungen selbst wird qualifiziert. Habermas geht davon aus, daß die unterstellten Geltungsansprüche einer Norm, wenn diese strittig geworden ist — und dies ist beim Abtreibungsthema der Fall —, im praktischen Diskurs der Kommunikationspartner mit *Argumenten* begründet werden müssen. Wir können mit den von uns erhobenen Daten zumindest teilweise prüfen, in welchem Maße im Parlament und in den Medien von den Akteuren überhaupt Begründungen zur Stützung ihrer Positionen benutzt wurden. Wir sind nicht in der Lage, alle Idee-Elemente danach zu klassifizieren, ob es sich bei ihnen um Argumente handelt oder nicht; wir können dies aber für einzelne Rahmen bewerkstelligen. Innerhalb des ersten Rahmens, den wir als „*Definition des Fötus als Leben*“ überschrieben haben, gibt es verschiedene Teilrahmen. Ein Teil der Idee-Elemente innerhalb dieses Rahmens behauptet einfach, daß es sich bei dem Fötus um Leben handelt bzw. daß es sich nicht um Leben handelt. Ein anderer Teil der Idee-Elemente versieht die Behauptung zusätzlich noch mit einer Begründung. Diese Unterscheidung ermöglicht es uns zu überprüfen, in welchem Maße im Diskurs mit Begründungen gearbeitet wird, um dann Unterschiede zwischen der parlamentarischen Debatte

und der medialen Darstellung zu messen. Da die Anzahl der Aussagen, die für unsere Analyse ausgewählt wurde, in den Medien in den beiden analysierten Jahren so gering ist, haben wir die beiden Jahre zusammengefaßt.

Tabelle 6: Prozentualer Anteil der Aussagen zum Abtreibungsthema mit und ohne Begründungen an der parlamentarischen Debatte und an der Medienberichterstattung in FAZ und SZ (1974 und 1992)

Aussagen mit und ohne Begründungen	Parlament 74 u.92	Medien 74 u.92	Δ%
Fötus ist Leben ohne Begründung	56,8	54,4	-2,4
Zurückweisung, daß Fötus Leben ist, ohne Begründung	0,4	--	-0,4
Fötus ist Leben mit Begründung	38,3	38,6	0,3
Zurückweisung, daß Fötus Leben ist, mit Begründung	4,4	7,0	2,6
Σ	227	57	

Rp=.97

Daß das Diskursniveau in den Medien nicht sonderlich hoch ist, haben wir an anderer Stelle interpretiert (vgl. Gerhards, Neidhardt und Rucht 1998). Interessant ist nun aber, daß sich die mediale Darstellung fast überhaupt nicht von der Parlamentsdebatte im Hinblick auf das Ausmaß der gelieferten Begründungen für Aussagen unterscheidet. Die häufig den Medien unterstellte Tendenz der Vereinfachung der Darstellung findet sich in dem hier analysierten Datenmaterial nicht. Die Medien erweisen sich auch bezüglich dieser Dimension als durchaus responsiv. Der geringe Grad an Begründungen für Aussagen ist nicht den Medien anzulasten, sondern der Debatte im politischen System selbst.

Das Nennen von Gründen ist eines der Gütekriterien von Diskursen. Die Art der Verarbeitung insbesondere der Gegenargumente ist ein weiteres Gütekriterium, dem wir im folgenden nachgehen wollen. In welchem Maße werden Gegenargumente in die eigene Argumentation integriert? Diskursive Theorien von Öffentlichkeit qualifizieren diejenigen Argumente als höherwertig, die die Argumente anderer Sprecher aufnehmen und in der eigenen Argumentation berücksichtigen. Durch Aufnahme der Argumente anderer Akteure in die eigene Rede erhöht sich die Chance der Deliberation, ja die Berücksichtigung

anderer Standpunkt ist bereits ein Zeichen von Lernen und Deliberation. Im Anschluß an einen Klassifikationsvorschlag von Rainer Döbert (1996) haben wir drei verschiedene Niveaus der Komplexität unterschieden (vgl. Gerhards 1997; Gerhards, Neidhardt und Rucht 1998). a) Akteure können in ihrer Argumentation einen existierenden Wertekonflikt verleugnen, indem sie ihn nicht thematisieren. Sie tun dies, indem sie den für sie verbindlichen Wert aufgreifen, das jeweilige Thema, über das gestritten wird, diesem Wert subsumieren und damit ihre Position für begründet halten. b) Auf einem höherem Argumentationsniveau kommt es zu einer Konstruktion von Ausnahmen bei Bezugnahme auf einen Fundamentalwert. Ohne explizite Anerkennung entgegenstehender Wertpositionen werden eher pragmatisch Ausnahmen für die Anwendung der eigenen Grundposition definiert, indem nach Handlungskontexten differenziert wird. So unterstützen Akteure im Abtreibungskonflikt den Wert des Lebensschutzes, lassen aber zugleich Ausnahmen der Verletzung dieses Wertes zu, zum Beispiel, wenn das Kind schwerbehindert sein wird. c) Auf einem dritten Komplexitätsniveau wird der Zentralwert, aus dem die eigene Position abgeleitet wird, zwar nicht aufgehoben, alternative Werte werden aber explizit anerkannt, auch wenn dem eigenen Wert eine höhere Wichtigkeit eingeräumt wird.

Zur Überprüfung der Komplexitätsniveaus der Debatten über Abtreibungen haben wir die zwei zentralen Werte aus der Debatte — „Schutz des Fötus als Leben“ und „Recht der Frau auf Selbstbestimmung“ — ausgewählt und alle Idee-Aussagen aus den ersten drei der oben genannten Deutungsrahmen, die sich um diese beiden Werte ranken, den verschiedenen Stufen zugeordnet. Idee-Elemente, die ohne Bezug auf prinzipielle Gegengründe behaupten, daß der Fötus Leben ist bzw. Frauen ein Selbstbestimmungsrecht haben, wurden der ersten Stufe zugerechnet. Idee-Ausprägungen, die ohne Bezug auf prinzipielle Gegengründe behaupten, daß der Fötus Leben ist bzw. die Frauen ein Selbstbestimmungsrecht haben, zugleich aber Ausnahmen zulassen, werden der zweiten Stufe zugeordnet. Idee-Aussagen, die sowohl das Selbstbestimmungsrecht der Frau als auch das Recht des Fötus gleichermaßen erwähnen, also davon ausgehen, daß es einen Konflikt zwischen beiden Werten gibt, aber einen Ausgleich suchen, auch wenn sie einem der beiden Werte den Vorzug einräumen, werden der dritten Stufe zugeordnet. Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse dieser Operationalisierung sowohl im Hinblick auf die Parlaments- als auch die Presseanalyse.

Tabelle 7: Prozentualer Anteil von Aussagen zum Abtreibungsthema auf verschiedenen Komplexitätsniveaus an der parlamentarischen Debatte und an der Medienberichterstattung (1974 und 1992)

Komplexitätsniveau	Parlament 74	Medien 74	Δ%.	Parlament 92	Medien 92	Δ%
Wertentscheid. und Subsumtion d. Abtreibungsth. unter d. Wert	58,4	52,6	-5,8	66,6	54,9	-11,7
Wertentscheid. und Konstruktion von Ausnahmen	14,5	31,6	17,1	13,9	14,3	0,4
Thematisierung konfligierender Werte u. Hierar.	27,1	15,8	11,3	19,6	30,8	11,2
Σ	303	38		577	91	

Rp=.83

Rp=.88

Das Komplexitätsniveau der Debatte ist weder im Parlament noch in den Medien sonderlich hoch. Wichtiger für unsere Forschungsfrage ist aber, daß sich das Komplexitätsniveau in den Medien nicht wesentlich von dem der parlamentarischen Debatte unterscheidet. Auch im Hinblick auf das Komplexitätsniveau der Aussagen erweisen sich die Medien also als durchaus responsiv.

3. Medien als autonomes oder parasitäres System der Politik?

Insgesamt zeigen unsere Analysen, daß die beiden von uns analysierten Zeitungen die Debatten im Bundestag zum Abtreibungsthema relativ genau im Sinne einer Strukturäquivalenz abbilden: Sowohl die Fraktionen der Parteien, das Geschlecht der Sprecher, die Aussagen zu Regelungsmodellen, die benutzten Deutungsmuster als auch das Diskursniveau der parlamentarischen Debatte finden eine repräsentative Spiegelung in den Medien. Die Bürger erhalten damit die Chance, via Medien an der Politik zu partizipieren und ihre Meinungsbildung im Horizont der angebotenen Informationen zu betreiben. Die mediale Darstellung von Politik erfüllt im Falle der Abtreibungsdebatte das von uns als das wichtigste definierte Gütekriterium der medialen Politikvermittlung: das der Responsivität (Rückkopplungsresponsivität).

Dieses Ergebnis widerspricht der in der Massenkommunikationsforschung immer wieder betonten Generalthese einer verzerrenden Darstellung von Politik in den Medien. Es gibt zwei Möglichkeiten, wie man diesen Widerspruch

erklären kann: Unsere Ergebnisse sind untypisch für die Darstellung von Politik in den Medien (1) und/oder die Hypothese einer verzerrenden Darstellung von Politik in den Medien ist revisionsbedürftig (2). Beide Erklärungen scheinen mir in einem unterschiedlichen Ausmaß plausibel zu sein:

1. Unsere empirischen Analysen beschränkten sich auf die Analyse von zwei überregionalen Qualitätszeitungen. Wir haben diese aus zwei Gründen ausgewählt: a) Prestigemedien haben einen großen Einfluß innerhalb des Mediensystems, indem die von ihnen aufgegriffenen Themen in andere Medien diffundieren ("Inter-Media Agenda Setting" - vgl. Noelle-Neumann und Mathes 1987); Journalisten selbst geben an, daß FAZ und SZ die beiden wichtigsten Referenzmedien sind (Kepplinger 1994: 224). b) Prestigemedien werden von den politischen Entscheidungsträgern wahrgenommen. Empirische Untersuchungen belegen, daß die Abgeordneten in erster Linie Qualitätszeitungen rezipieren (Wittkämper et al. 1992; Herzog et al. 1990). FAZ und SZ sind die beiden Tageszeitungen, die von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages am häufigsten gelesen werden. Die beiden Zeitungen sind aber weder für den Pressemarkt insgesamt typisch, noch wird ihre Berichterstattung der von Fernsehen und Rundfunk entsprechen. Als Qualitätszeitungen sind die beiden von uns analysierten Zeitungen in ihrer Berichterstattung über den öffentlichen Abtreibungskonflikt wohl ausführlicher als viele andere Medien gewesen; sie werden im Vergleich zu anderen Medien weniger zu Vereinfachungen neigen, was sich auf das Diskursniveau der medialen Darstellung von Politik auswirken wird. Die Mehrheit der Bevölkerung wird zudem durch andere als die von uns untersuchten Quellen über die Abtreibungsfrage informiert worden sein, wobei allerdings hier in Rechnung zu stellen ist, daß die beiden Zeitungen FAZ und SZ für andere Medien eine meinungsbildende Funktion besitzen.

Insgesamt aber muß man davon ausgehen, daß sich unsere Ergebnisse nicht einfach auf die Darstellung von Politik in anderen Medien verallgemeinern lassen. Um dies nachzuweisen, sind weitere Forschungen notwendig. Unsere Analysen können sich aber vielleicht zugute halten, daß sie zum einen den normativen Bezugspunkt der Beurteilung von medialer Darstellung von Politik explizieren und einen Vorschlag der Operationalisierung entwickeln, zum anderen die theoretisch postulierte Diskrepanz zwischen einer politischen Realität und einer medialen Darstellung der politischen Realität, die eine Messung medialer und zugleich extramedialer Realität notwendig voraussetzt, auch empirisch durchführen.

2. Jeffrey Alexander (1987) erläutert in seinen Ausführungen zur Frage, was eine (gute) Theorie ist, daß es sowohl für Alltagserfahrungen als auch für die wissenschaftliche Erfassung der Wirklichkeit nicht möglich ist, die Welt ohne Kategorien und Begriffssysteme wahrzunehmen - ein spätestens seit Kant wissenschaftstheoretischer Allgemeinplatz. Der Zugriff auf die Empirie

ohne Theorie ist nicht möglich. Insofern gehen in jede Theorie auch Annahmen ein, die selbst nicht empirisch überprüft sind. Solche abstrakten Vorwegannahmen bezeichnet Alexander als „pressuppositions“ einer Theorie. Diese strukturieren im hohen Maße den Blick auf die Empirie. Modelltheoretische Annahmen, wie die, Gesellschaft oder Teilbereiche von Gesellschaft als Systeme zu begreifen, nennt Alexander als Beispiele für theoretische „presuppositions“.

Ich möchte im folgenden die These vertreten, daß die in der Literatur vorfindbare Vorstellung von der verzerrten Darstellung der Politik durch die Medien in einem nicht geringen Maße durch eine theoretische Vorwegannahme im Sinne Alexanders bedingt ist, die den meisten Medientheorien zugrunde liegt: Massenmedien als die Konstrukteure von Wirklichkeit zu begreifen, die die Wirklichkeit nach ihrer eigenen Logik erst schaffen, scheint das hegemoniale Paradigma der Massenkommunikationsforschung zu sein. Das, was als mediale öffentliche Meinung für die Leser und Zuschauer sichtbar wird, wird als medial konstruierte öffentliche Meinung interpretiert. Dieser Grundgedanke wird nun auf unterschiedlichem Abstraktionsniveau formuliert, findet sich sowohl in empirisch orientierten Analysen (vgl. Schulz 1997) als auch in rein theoretischen Konzeptionalisierungsversuchen (vgl. Luhmann 1996; Marcinkowski 1993) und hat gerade seit der autopoietischen Wende der Systemtheorie in den Sozialwissenschaften generell und in den Medienwissenschaften insbesondere eine enorme Konjunktur und den Anschluß an eine generalisierende Theorie erfahren (vgl. vor allem die Beiträge in Merten, Schmidt und Weischenberg 1994).⁷ Die deklinatorische Übertragung des systemtheoretischen Sprachspiels auf die Medien verpaßt aber gerade die Besonderheit der Medien im Umgang mit der Politik: den hohen Grad der Determiniertheit medialen Geschehens durch das politische System.

Die Theorie selbstreferentieller System begreift die Massenmedien bekanntlich als eines der ausdifferenzierten Sozialsysteme der Gesellschaft und beschreibt die Medien in folgender Weise (vgl. Luhmann 1996): Wie alle anderen sozialen Systeme beruhen die Massenmedien auf Kommunikation; sie unterscheiden sich von den anderen Teilsystemen der Gesellschaft durch eine spezifische Operationsweise, die nur den Massenmedien eigen ist. Was für alle Systeme konstitutiv ist, gilt auch für die Massenmedien: Sie sind ein autopoietisches System, das durch operative Schließung gekennzeichnet ist und die Elemente, aus denen es besteht, selbst produziert. Die Autonomie

⁷ Klaus Merten (1993: 52 f.) teilt die Geschichte der Theoriebildung der Kommunikationsforschung in drei Phasen ein und geht davon aus, daß mit der Übernahme des systemtheoretischen Konstruktivismus die dritte Phase eingeleitet wurde. Von den vielen kritischen Auseinandersetzungen mit einer konstruktivistisch-systemtheoretischen Fundierung der Massenmedienforschung sei hier nur auf den sehr guten Aufsatz von Hans Matthias Kepplinger (1993) verwiesen.

eines Systems im allgemeinen und der Medien im speziellen beruht auf systemspezifischen Strukturen, die die Operationen des Systems bestimmen. Ein direkter Umweltkontakt von Systemen ist nicht möglich.

Erst im zweiten Zug werden in der systemtheoretischen Begrifflichkeit die Umweltbezüge von Systemen eingefahren: Der Begriff der strukturellen Kopplung bezeichnet das Verhältnis eines Systems zu den Umweltvoraussetzungen, die gegeben sein müssen, damit ein System operieren kann. Die Umwelt kann jedoch nur zu Irritationen des Systems führen, nicht aber in den Operationsmodus eines Systems eingreifen. Aus dieser systemtheoretischen Ableitungslogik ergibt sich, daß es keine Realitäten „an sich“, sondern nur systemspezifisch konstruierte Realitäten gibt. Auf den Bereich der Massenmedien bezogen bedeutet diese These, daß all das, was wir als massenmediale Realität erleben, allein medial konstruierte Realität ist. Mit dieser theoriebegrifflichen Führung werden gleichsam per definitionem Medien zu einem autonomen System erklärt, ohne die definitorische Festlegung in eine empirische Frage zu transformieren, in welchem Maße die Medien im Vergleich zu anderen sozialen Systemen den Status eines autonomom Systems haben und in welchem Maße sie von ihrer Umwelt bestimmt werden. Mit dem Begriff der strukturellen Kopplung ist in der Systemtheorie zwar eine Vorsorge der Reintegration der Umwelt von Systemen in die Systeme angedeutet, die Umwelt wird aber zu „Irritationen“ marginalisiert und damit weharmlost.⁸

Bei der definitorischen Unterstellung, Massenmedien seien ein autonomes autopoietisches System, handelt es sich nach meiner Ansicht um eine theoretische „presupposition“ im Sinne Alexanders, die den Blick auf die Besonderheit der Massenmedien eher verstellt.⁹ Für die Darstellung von Politik in den Massenmedien scheint zu gelten, daß sie in einem ganz enormen Ausmaß extramedial von politischen Ereignissen induziert wird (a) und die Selektion der durch die Umwelt induzierten Ereignisse nach Kriterien erfolgt, die man nicht unbedingt als massenmedial typische Kriterien beschreiben kann, was gleichbedeutend ist mit der These, daß die Operationsweise des Systems Mas-

8 Dies scheint mir theoriestrategisch nicht sonderlich vernünftig zu sein: „Man sollte den Begriff der Autonomie — und damit den der Autopoiesis — also nicht ontologisieren und für alle Teilsysteme definitorisch einführen, sondern historisch-empirisch variabel begreifen, so daß man unterschiedliche Grade der selbstreferentiellen Geschlossenheit von Teilsystemen unterscheiden kann. So plausibel es ist, Gesellschaft insgesamt als autopoietisches Kommunikationssystem zu definieren, so wenig überzeugt es, ein solches Kriterium für die Definition von Teilsystemen einzuführen“ (Gerhards 1991: 268).

9 Hier wie auch in den folgenden Textpassagen ist, wenn von Massenmedien die Rede ist, die Darstellung von Politik in den Medien gemeint. Für den Bereich der Spielfilme und der Unterhaltung gelten die folgenden Thesen sicherlich nicht.

senmedien keine spezifisch mediale Operationsweise darstellt (b).¹⁰ Beide Thesen sollen kurz begründet werden.

a) Wenn Medien über Politik berichten, erfinden sie in der Regel nicht die Ereignisse, über die sie berichten, sieht man einmal von Ausnahmefällen ab, die dann, wenn sie entdeckt werden, skandalisiert werden. Der Anlaß der medialen Berichterstattung liegt in Ereignissen des politischen Systems selbst: Der amerikanische Präsident erklärt, daß seine Streitkräfte im Persischen Golf in Alarmbereitschaft versetzt wurden, der Bundeskanzler gibt eine Regierungserklärung ab, in Frankreich finden Präsidentschaftswahlen statt und in Bonn berät der Bundestag in dritter Lesung den Gesetzesvorschlag zur Reform des § 218. Wir haben in der von uns durchgeführten Zeitungsanalyse über die Berichterstattung über die Abtreibungsfrage in FAZ und SZ herausgefunden, daß in 95% der Artikel ein Anlaß im politischen System den Auslöser für die Berichterstattung bildete (vgl. Gerhards, Neidhardt und Rucht 1998). Dies bedeutet, daß die mediale Arena nicht selbstbestimmt ist, sondern dominant extern durch andere Systeme und vor allem durch das politische System initiiert wird. Dies unterscheidet die Massenmedien (im Hinblick auf die Darstellung von Politik) von anderen Systemen der Gesellschaft wie z. B. die Wissenschaft oder die Kunst: diese produzieren die Anlässe selbst, auf die sie dann kommunikativ reagieren. Für die Massenmedien gilt dies sicher nicht bzw. nicht in diesem Maße: Die auf Politik bezogenen Kommunikationen in der medialen Arena sind durch externe und vor allem politische Kommunikationsanlässe induziert.

b) Die Tatsache, daß die Anlässe der Kommunikationen in der medialen Arena in erster Linie extramedial induziert werden, sagt aber noch nichts darüber aus, nach welchen Kriterien aus der Fülle extramedialer Anlässe die mediale Auswahl erfolgt und wie dann das ausgewählte Ereignis in den Medien dargestellt wird. Selbst wenn das Mediensystem durch politische Anlässe irritiert wird — so kann man systemtheoretisch argumentieren —, entscheidend ist, daß es diese Irritationen nach einer eigenen systemspezifischen Logik bearbeitet und sich genau dadurch als autopoietisches System konstituiert.¹¹

10 Wir müssen uns bei dieser Argumentation nicht auf die Debatte zwischen Konstruktivisten und Realisten einlassen, die um die Frage kreist, ob Medien Realität abbilden können oder nicht (vgl. Bentele 1993). Hier geht es um das Verhältnis zwischen zwei Sozialsystemen, oder anders ausgedrückt: um das Verhältnis zwischen politisch konstruierter Realität und medial konstruierter Realität.

11 So argumentiert Luhmann z. B. „Ein Thema wie AIDS ist nicht ein Eigenprodukt der Massenmedien. Es wird von ihnen nur aufgegriffen, dann aber in einer Weise behandelt und einer Themenkarriere ausgesetzt, die sich aus den Krankheitsbefunden und auch aus der Kommunikation zwischen Ärzten und Patienten nicht erklären läßt“ (Luhmann 1996: 28).

Luhmann (1996: 36 ff.) beschreibt den Code der Massenmedien, der die Autopoiesis des Systems steuert, mit Information/Nichtinformation, spezifiziert dann sogleich, daß Nachrichtenfaktoren die medienspezifischen Kriterien der Selektion von Informationen darstellen, und knüpft damit an einen relativ gut gesicherten Befund der Massenkommunikationsforschung an (vgl. Galtung und Ruge 1965; Schulz 1976; 1987; 1997; Staab 1990; Eilders 1997). Die Nachrichtenfaktoren einer Information sind eine entscheidende Größe für die Selektion von Nachrichten. Relevante Nachrichtenfaktoren sind u. a. (Schulz 1997: 68 ff.): 1) hoher Status der Akteure, 2) Valenz des Themas (Aggression, Konflikt, Bezug auf Werte oder Erfolg), 3) Relevanz des Themas (Tragweite und Betroffenheit), 4) Identifikationsmöglichkeit des Publikums, 5) Vertrautheit und Vorhersehbarkeit und 6) Dynamik und Neuigkeit einer Nachricht. Je mehr solche und andere Nachrichtenfaktoren eine Information enthält, desto wahrscheinlicher ist es, daß die Medien diese Informationen aufnehmen und transportieren. Die entscheidende Frage ist aber, ob Nachrichtenfaktoren medienspezifische Selektionsmechanismen sind, die allein für den Operationsmodus des Mediensystems typisch sind und damit ja erst die Rede von einem ausdifferenzierten, autonomen System legitimieren.¹²

Nachrichtenfaktoren sind Merkmale von Nachrichten, die eine hohe Aufmerksamkeit bei den Lesern sichern; insofern lassen sich Nachrichtenfaktoren auch als eine Orientierung der Medien am Publikum interpretieren.¹³ Christiane Eilders (1997) ist dieser Vorstellung in ihrer Dissertation empirisch nachgegangen, indem sie die Selektionskriterien von Journalisten mit den Selektionskriterien von Rezipienten verglichen hat. „In der empirischen Überprüfung konnte das auf die Rezeption erweiterte Nachrichtenwertkonzept im wesentlichen bestätigt werden: Nachrichtenfaktoren steuern die journalistische Verarbeitung wie die Verarbeitung durch Rezipienten“ (Eilders 1997: 263). Wenn aber Nachrichtenfaktoren die Kriterien der Selektion von Informationen für die Bürger darstellen, dann läßt sich die spezifische Eigenrationalität der Medien nicht über die Nachrichtenfaktoren beschreiben.

12 Neben Nachrichtenfaktoren selektieren Medien Nachrichten nach der ideologischen Nähe, die ein Sprecher und seine Aussage zu der ideologischen Orientierung des entsprechenden Mediums hat. Wir haben an anderer Stelle versucht empirisch zu begründen, daß die ideologische Selektivität der Medien weit geringer ist, als in der Literatur angenommen (vgl. Gerhards, Neidhardt und Rucht 1998: 99). Auch in diesem Punkt erweisen sich die Medien in hohem Maße als responsiv.

13 Lutz Erbring (1989: 304) macht dies recht schön deutlich, indem er Meldungen ohne Nachrichtenwertfaktoren formuliert: »Meldungen wie "Kohl seit sechs Jahren Kanzler", "Diskontsatz unverändert", "Gestern wieder kein Störfall in Biblis", "PanAm-Flug aus Berlin sicher gelandet", "Erbring feiert 50. Geburtstag" verleiten wohl kaum jemanden zum Weiterlesen oder Hinhören«. Solange die Medien sich am Publikum orientieren, wird eine Orientierung an Nachrichtenfaktoren unvermeidlich sein.

Die Folgen dieses Arguments kann man am besten am Beispiel unserer empirischen Ergebnisse erläutern. Wie kann man erklären, daß die von uns analysierten Medien z. B. die Verteilung der Aussagen der verschiedenen Fraktionen im Bundestag relativ genau widerspiegeln und sich damit als responsiv erweisen? Im Sinne der Nachrichtenfaktorentheorie wird hier der Status der Akteure die wichtigste erklärende Variable sein, und Status wird von Schulz (1997: 70) als die Macht eines Akteurs bestimmt. Der Status, den ein Akteur im Bundestag hat, ist aber kein Attribut, das dem Akteur von Journalisten und damit dem Mediensystem zugeschrieben wird, sondern er ergibt sich aus dem Status, den er innerhalb des politischen Systems besitzt. Die Stärke der einzelnen Fraktionen, die besondere Machtausstattung der Exekutive und der sie tragenden Regierungsfraktionen im Parlament ergibt sich ja nicht aus den Zuschreibungen der Journalisten, sondern aus den Regelsystemen des politischen Systems, und ist unabhängig von der medialen Darstellung meßbar. Wenn sich die Medien bei der Auswahl der Akteure, denen sie das Wort in ihrer Arena geben, an der Machtstruktur des politischen Systems orientieren, dann binden sie ihren Operationsmechanismus an den des politischen Systems. Sie erweisen sich damit weniger als ein autonomes denn als ein *parasitäres* System der Politik.

Warum aber orientieren sich die Medien an der Machtstruktur des politischen Systems? Die Zuweisung von Macht an Akteure des politischen Systems und vor allem an die Legislative erfolgt in Demokratien durch die Wahlentscheidungen der Bürger. Je mehr Bürger sich für eine bestimmte Partei aussprechen, desto stärker wird die jeweilige Bundestagsfraktion sein und desto stärker wird diese die parlamentarische Debatte bestimmen können. Zugleich werden die mächtigen Akteure der Legislative eine höhere Chance haben, kollektiv verbindliche Entscheidungen und damit für die Bürger relevante Entscheidungen zu treffen. Wenn die Medien die Machtstrukturen des politischen Systems reproduzieren, dann orientieren sie sich damit an den Relevanzkriterien der Bürger: Je mächtiger ein Akteur im politischen System, desto mehr Bürger haben ihn gewählt und desto mehr wollen sie medial von „ihrem“ Repräsentanten erfahren; und je mächtiger ein Akteur im politischen System, desto wahrscheinlicher ist es, daß seine Entscheidungen die Bürger tangieren werden, und desto mehr wollen die Bürger von diesem Entscheidungsträger erfahren. Dieser strukturelle Zusammenhang erklärt die Responsivität der Medien. Die Massenmedien sind zwischen Politik einerseits und Bürger andererseits eingezwängt und bilden insofern ein intermediäres System. Ihr Operationsmodus ist in einem hohen Maße bestimmt durch diese beiden Umwelten, von denen die Medien abhängig sind. Eine Theorie, die die Autopoiesis von Systemen zum Definitionskriterium der Medien erhebt, ver-

paßt gerade die Besonderheit der Medien als intermediäres, überspitzt formuliert: als parasitäres System. Daß durch diese Strukturbedingungen ein demokratiethoretisch gut legitimierbares Gut wie das der Responsivität hergestellt wird, ist gleichsam ein nicht intendierter Nebeneffekt und erinnert an die Schumpetersche Beschreibung der Herstellung von Gemeinwohl unter den Strukturbedingungen von Demokratien als ein nicht intendiertes Resultat intendierter Handlungen.¹⁴

Literatur

- Alexander, Jeffrey C., 1987: What is Theory? S. 1-21 in: Jeffrey C. Alexander, *Twenty Lectures: Sociological Theory*. New York: Columbia University Press.
- Bentele, Günter, 1993: Wie wirklich ist die Medienwissenschaft? Einige Anmerkungen zum Konstruktivismus und Realismus in der Kommunikationswissenschaft. S. 152-171 in: Günter Bentele und Manfred Rühl (Hg.): *Theorien öffentlicher Kommunikation*. München: Ölschläger.
- Berg, Klaus, und Marie-Luise Kiefer, 1996: *Massenkommunikation V. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung 1964-1995*. Baden-Baden: Nomos.
- Brettschneider, Frank, 1995: *Öffentliche Meinung und Politik. Eine empirische Studie zur Responsivität des Deutschen Bundestages zwischen 1949 und 1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Cohen, Joshua, 1989: *Deliberation and Democratic Legitimacy*. S. 17-34 in: Alan Hamlin und Philip Pettit (Hg.): *The Good Polity. Normative Analysis of the State*. Cambridge: Blackwell.
- Czerwick, Edwin, 1987: *Parlament und Politikvermittlung*. S. 161-183 in: Ulrich Sarcinelli (Hg.): *Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Dahl, Robert A., 1989: *Democracy and its Critics*. New Haven, London: Yale University Press.
- Dahlgren, Peter und Colin Sparks (Hg.), 1991: *Communication and Citizenship. Journalism and the Public Sphere*. London und New York: Routledge.
- Döbert, Rainer, 1996: § 218 vor dem Bundesverfassungsgericht. *Verfahrenstheoretische Überlegungen zur sozialen Integration*. S. 327-370 in: Wolfgang van den Daele und Friedhelm Neidhardt (Hg.): *Kommunikation und Entscheidung. Jahrbuch des WZB 1996*. Berlin: Edition Sigma.

¹⁴ Die Herstellung von Allgemeinwohl durch die politischen Entscheidungsträger ist gleichsam ein Nebenprodukt des demokratischen Marktes: Um von den Bürgern bei der nächsten Wahl wiedergewählt zu werden, orientieren sich die Eliten an den Präferenzen der Bürger. Ähnlich wie die Produktion von Gütern in der Wirtschaft eine Nebenerscheinung des Ziels des Strebens nach Profit ist, ähnlich interpretiert Schumpeter die Herstellung von Gemeinwohl als ein Nebenprodukt der Herstellung des Kampfes um Wählerstimmen (Schumpeter 1993: 448).

- Eilders, Christiane, 1997: Nachrichtenfaktoren und Rezeption. Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Informationen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Etzioni, Amitai, 1968: *The Active Society. A Theory of Societal and Political Processes.* New York: The Free Press.
- Galtung, Johan und Mari Holmboe Ruge, 1965: The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Norwegian Newspapers. *Journal of Peace Research* 2: 64-91.
- Gerhards, Jürgen, 1991a: Funktionale Differenzierung und Prozesse der Entdifferenzierung. S. 261-280 in: Hans Rudi Fischer (Hg.): *Autopoiesis. Eine Theorie im Brennpunkt der Kritik.* Heidelberg: Carl Auer.
- Gerhards, Jürgen, 1991: Die Macht der Massenmedien und die Demokratie: Empirische Befunde. Discussion Paper FS III, Wissenschaftszentrum Berlin: 91-108.
- Gerhards, Jürgen, 1997: Diskursive versus liberale Öffentlichkeit: Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49: 1-39.
- Gerhards, Jürgen und Monika Lindgens, 1995: Diskursanalyse im Zeit- und Ländervergleich. Methodenbericht über eine systematische Inhaltsanalyse zur Erfassung des öffentlichen Diskurses über Abtreibung in den USA und in der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 bis 1994. Discussion Paper FS III 95-105: Wissenschaftszentrum Berlin.
- Gerhards, Jürgen, Friedhelm Neidhardt und Dieter Rucht, 1998: *Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Habermas, Jürgen, 1989: Volkssouveränität als Verfahren. Ein normativer Begriff von Öffentlichkeit. *Merkur* 43: 465-477.
- Habermas, Jürgen, 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Herzog, Dietrich, Hilke Rebenstorf, Camilla Werner und Bernhard Weßels, 1990: *Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jarren, Otfried, 1988: Politik und Medien im Wandel: Autonomie, Interdependenz oder Symbiose? Anmerkungen zur Theoriedebatte in der politischen Kommunikation. *Publizistik* 33: 619-632.
- Kaase, Max, 1986: Massenkommunikation und politischer Prozeß. S. 357-374 in: Max Kaase (Hg.): *Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Analysen zu Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise.* Festschrift zum 65. Geburtstag von Rudolf Wildenmann. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kaase, Max, 1989: Fernsehen, gesellschaftlicher Wandel und politischer Prozeß. S. 97-117 in: Max Kaase und Winfried Schulz (Hg.): *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde* (Sonderheft 30 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kaase, Max, 1998: Demokratisches System und die Mediatisierung von Politik. erscheint in Ulrich Sarcinelli (Hg.): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kepplinger, Hans Mathias, 1985: Die aktuelle Berichterstattung des Hörfunks. Eine Inhaltsanalyse der Abendnachrichten und politischen Magazine. Freiburg und München: Karl Alber.
- Kepplinger, Hans-Mathias, 1993: Erkenntnistheorie und Forschungspraxis des Konstruktivismus. S. 118-125 in: Günter Bentele und Manfred Rühl (Hg.): *Theorien öffentlicher Kommunikation.* München: Ölschläger.

- Kepplinger, Hans Mathias, 1994: Publizistische Konflikte. Begriffe, Ansätze, Ergebnisse. S. 214-233 in: Friedhelm Neidhardt (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen (Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kuklinski, James H., Ellen Riggle, Victor Ottati, Norbert Schwaz und Robert S. Wyer, Jr. 1991: The Cognitive and Affective Bases of Political Tolerance Judgements, in: *American Journal of Political Science* 35: 1-27.
- Luhmann, Niklas, 1970: Soziologie des politischen Systems. S. 154-177 in: Niklas Luhmann, *Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*, Band 1. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas, 1971: Öffentliche Meinung. S. 9-34 in: Niklas Luhmann, *Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas, 1990: Gesellschaftliche Komplexität und öffentliche Meinung. S. 170-182 in: Niklas Luhmann, *Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas, 1993: Die Beobachtung der Beobachter im politischen System: Zur Theorie der öffentlichen Meinung. S. 77-86 in: Jürgen Wilke (Hg.): *Öffentliche Meinung. Theorien, Methoden, Befunde*. Freiburg und München: Karl Alber.
- Luhmann, Niklas, 1996: *Die Realität der Massenmedien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Manin, Bernhard, 1987: On Legitimacy and Political Deliberation. *Political Theory* 15: 338-368.
- Marcinkowski, Frank, 1993: Publizistik als autopoietisches System. Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Merten, Klaus, 1993: Kommentar zu Klaus Krippendorf. S. 52-58 in: Günter Bentele und Manfred Rühl (Hg.): *Theorien öffentlicher Kommunikation*. München: Ölschläger.
- Merten, Klaus, Siegfried J. Schmidt und Siegfried Weischenberg (Hg.), 1994: *Die Wirklichkeit der Medien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Miller, David, 1992: Deliberative Democracy and Social Choice, *Political Studies* XL Special Issue: 54-67.
- Miller, Warren E. und Donald E. Stokes, 1963: Constituency Influence in Congress, in: *American Political Science Review* 57: 45-56.
- Neidhardt, Friedhelm, 1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. S. 7-41 in: Friedhelm Neidhardt (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* (Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Neidhardt, Friedhelm, 1994a: Die Rolle des Publikums. Anmerkungen zur Soziologie politischer Öffentlichkeit. S. 315-328 in: Hans-Ulrich Derlien, Uta Gerhardt und Fritz W. Scharpf (Hg.): *Systemrationalität und Partialinteresse*. Festschrift für Renate Mayntz. Baden-Baden: Nomos.
- Neidhardt, Friedhelm, 1995: Prominenz und Prestige. Steuerungsprobleme massenmedialer Öffentlichkeit. S. 233-245 in: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hg.): *Jahrbuch 1994*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Neidhardt, Friedhelm, 1996: Öffentliche Diskussion und politische Entscheidung. Der deutsche Abtreibungskonflikt 1970-1994. S. 53-82 in: Wolfgang van den Daele und Friedhelm Neidhardt (Hg.): *Kommunikation und Entscheidung*. Jahrbuch des WZB 1996. Berlin: Edition Sigma.

- Noelle-Neumann, Elisabeth, und Rainer Mathes, 1987: The "Event as Event" and the "Event as News": The Significance of "Consonance" for Media Effects Research. *European Journal of Communication* 2: 391-414.
- Peters, Bernhard, 1994: Der Sinn von Öffentlichkeit. S. 42-76 in: Friedhelm Neidhardt (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen (Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Pfetsch, Barbara, 1991: Politische Folgen der Dualisierung des Rundfunksystems in der Bundesrepublik Deutschland. Konzepte und Analysen zum Fernsehangebot und zum Publikumsverhalten. Baden-Baden: Nomos.
- Rucht, Dieter, 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt a. M.: Campus.
- Sarcinelli, Ulrich, 1987: Politikvermittlung und demokratische Kommunikationskultur. S. 19-45 in: Ulrich Sarcinelli (Hg.): Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schulz, Winfried, 1976: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung. Freiburg und München: Karl Alber.
- Schulz, Winfried, 1987: Politikvermittlung durch Massenmedien. S. 129-144 in: Ulrich Sarcinelli (Hg.): Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schulz, Winfried, 1997: Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schumpeter, Joseph A., 1993: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen und Basel: Francke Verlag.
- Staab, Joachim Friedrich, 1990: Nachrichtenwert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt. Freiburg und München: Karl Alber.
- Uppendahl, Herbert, 1981: Repräsentation und Responsivität. Bausteine einer Theorie responsiver Demokratie, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 1: 123-134.
- Warren, Mark, 1992: Democratic Theory and Self Transformation. *American Political Science Review* 86: 8-23.
- Weissberg, Robert 1978: Collective vs. Dyadic Representation in Congress, in: *American Political Science Review* 72: 535-547.
- Weßels, Bernhard, 1993: Politische Repräsentation als Prozeß gesellschaftlich-parlamentarischer Kommunikation. S. 99-137 in: Dietrich Herzog, Hilke Rebenstorf und Bernhard Weßels (Hg.): *Parlament und Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wittkämper, Gerhard W., Jürgen Bellers, Jürgen Grimm und Michael Heiks, 1992: Pressewirkungen und außenpolitische Entscheidungsprozesse — Methodologische Probleme der Analyse. S. 150-168 in: Gerhard Wittkämper (Hg.): *Medien und Politik*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.